

Rechtsautoritarismus des 21. Jahrhunderts auf „brasilianisch“

Die „eisenerne Hand“ des Tyrannen trifft der „stumme Zwang“ des Markts

Ricardo Borrman, Bernhardt Leubolt und Adriana Salles

Am 1.1.2019 trat Jair Messias Bolsonaro das Amt als brasilianischer Präsident an. In einem sozial und politisch äußerst polarisierten Wahlkampf setzte er sich am 28. Oktober 2018 in der Stichwahl gegen Fernando Haddad, den Kandidaten der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT), durch. Traditionelle Parteien rechts der Mitte verloren sehr viele Stimmen, z.B. die Partei des Ex-Präsidenten Fernando Henrique Cardoso (1995–2002), Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB): Während ihr Kandidat Aécio Neves 2014 noch relativ knapp (mit 48,4% der gültigen Stimmen im zweiten und entscheidenden Wahlgang) die Stichwahl verlor (bei 33,6% im 1. Wahlgang), scheiterte ihr Kandidat Geraldo Alckmin 2018 mit 4,8% im ersten Durchgang. In diesem Beitrag gehen wir den Auswirkungen und Hintergründen dieses Wahlergebnisses nach und versuchen uns an einer frühen Analyse der rechts-autoritären Wende.

Erste Maßnahmen der Regierung Bolsonaro

Als erste Maßnahmen verkündete die neue Regierung Jair Bolsonaros eine Lockerung der Gesetze für Waffenbesitz, die Abschaffung der Bundesagentur für Ernährungsprogramme und Hungersnotbekämpfung (Consea) und eine Pensionsreform, die den Solidarpakt abbauen soll. Alles im Namen der Gewalt-, Korruptions- und Privilegien-Bekämpfung und der guten „Moral“. Die Richtlinien Bolsonaros könnten jedoch ein Ende der „Neuen Republik“, die mit der Verfassung 1988 anfang, und zugleich einen neuen Weg des lateinamerikanischen Autoritarismus auf „brasilianisch“ bedeuten.

Seit der juristisch umstrittenen und politisch motivierten Absetzung der demokratisch gewählten Präsidentin Dilma Rousseff (PT) 2016 seitens des Parlaments und der Wahl des Rechtsradikalen Bolsonaro zum Präsidenten kommt es vermehrt zu offenen Angriffen auf Minderheiten, Frauen- und Arbeitsrechte sowie die arme Bevölkerungsmehrheit.

Das macht sich auch außenpolitisch bemerkbar: Bolsonaro sorgte bei seinen letzten Staatsbesuchen (2019) in Israel und Chile für Polemik. In Israel kündigte er offiziell an, zukünftig eine Botschaft in Jerusalem errichten zu wollen. Damit zog er sich die Antipathie der arabischen Länder zu, mit denen Brasilien starke Handelsbeziehungen pflegt. Zudem meinte sein Außenminister Ernesto Araújo, der Nationalsozialismus sei eine „linke Ideologie“ und sorgte damit für Unbehagen bei seinem Besuch des Holocaust Museums in Jerusalem, wo seiner Aussage vom Museumsdirektor widersprochen wurde. Während seines Staatsbesuchs in Chile lobte Bolsonaro mehrmals die positiven „Errungenschaften“ der Diktatur Pinochets.

Der neue Präsident versuchte dennoch, internationale InvestorInnen zufrieden zu stimmen: Dafür wurden Steuerverzicht für Unternehmen, Entbürokratisierung und

Privatisierungen als Mittel in Aussicht gestellt, das Haushaltsdefizit zu senken und die Wirtschaft anzukurbeln. Wirtschaftspolitisch wird weiterhin ein erheblicher Teil der Staatsausgaben an den Finanzmarkt abgeführt, da die Hochzinspolitik zu äußerst hohen Ausgaben für Zinsen- und Schuldendienst führt (Fattorelli 2018). Mit „Entbürokratisierung“ zielte das Team um Bolsonaro auf die Lockerung von verfassungsverankerten Sozialschutzgesetze, von Umweltgesetzgebung sowie den Abbau des Pensionssystems.

Eine solche Agenda wird besonders diejenigen treffen, die am meisten vom Altersarmut bedroht sind: Informell Beschäftigte, kleine LandwirtInnen und Frauen. Spitzenverdienende (etwa höhere BeamtInnen wie Richter und Abgeordnete mit un versteuerten Zusatzleistungen) sowie Kapitalgewinne, Erbschaften und Eigentum werden überhaupt nicht betroffen sein, obwohl die brasilianische Fiskalstruktur bereits als äußerst regressiv im internationalen Vergleich wahrgenommen wird (Lavinias/Cordilha 2015, Gobetti/Orair, 2016; Carvalho 2018). Eine Umverteilung von oben nach unten wäre daher dringend notwendig (Carvalho 2015; Dowbor 2017; Carvalho 2018). Stattdessen setzt die neue Regierung auf einen „Turbo-Neoliberalismus“, d. h. eine Umverteilung von unten nach oben.

Ende Januar brach der Eisenerz-Damm in Brumadinho, mit zahlreichen Toten und hunderten Vermissten. Die Katastrophe droht eine der schwersten der jüngeren Geschichte zu werden. Sie scheint vermeidbar gewesen zu sein, da erst vor knapp mehr als drei Jahren ein vergleichbarer Unfall im naheliegenden Dorf Mariana den Fluss Rio Doce vergiftete. Nach dem „parlamentarischen Putsch“ (Borrman 2018) gegen die demokratisch gewählte Präsidentin Dilma Rousseff 2016 wurden Umweltauflagen jedoch tendenziell gelockert: Unter Bolsonaro ging die Zuständigkeit für die Demarkation indigener Gebiete – eine der zentralen Aufgaben für den Schutz des Amazonas-Gebietes – von der vormals unabhängigen Indigenenbehörde (Funai) auf das Landwirtschaftsministerium über. Daher ist zukünftig mit neuen Prioritäten zu rechnen, die auf die Interessen zur Expansion des Agrobusiness ausgerichtet sind. Indigene Vertreter und NGOs sehen diese neue Lage als bedrohlich: Die Menschenrechtssituation in den bereits stark von Gewalt betroffenen ländlichen Gebieten könnte sich dadurch weiter verschlechtern.

Was ist aber im größten südamerikanischen Land geschehen, dass es nach fast 14 Jahren Regierungszeit der Arbeiterpartei mit kontinuierlichen Lohnsteigerungen und Ausbau des Wohlfahrtsstaats (Singer 2012, Carvalho 2018; Singer, 2018) zu einer derart tiefen Wende in der politischen Landschaft gekommen ist? Was führte zur Wahl eines Rechtsradikalen wie Bolsonaro? Welche Gruppierungen unterstützten Bolsonaros Kandidatur und wie spiegelt sich das im Regierungskabinett wieder? Welche politischen Diskurse mobilisiert der neue Präsident? Wie werden solche politischen Diskurse in konkreten Maßnahmen institutionalisiert?

Gesellschaftspolitische Basis und Hintergründe des Rechtsrucks

Die Wahl Bolsonaros ging einher mit einem Stimmenverlust seitens der PSDB und zunehmender Kritik der oberen Mittelschichten, wo Bolsonaros Kernwählerschaft liegt (Singer/Venturi 2019), an der vorherigen Mitte-Links Regierung (Leubolt 2015b; Leubolt/Strazzeri 2016) und führte zu einem Aufstieg des bisherigen „unteren Klerus“ des

Parlaments, zu dem er selbst gehörte (Singer/Venturi 2019). Sein Machtgewinn bedeutete zugleich eine Verstärkung der sogenannten BBB-Fraktion (Bíblia, Bala, Boi – d.h. Evangelikalen sowie Waffenlobby und Agrobusiness) im Parlament. Ein anderer besonderer Faktor der neuen Machtkoalition ist die Übermacht der Militärs und von Teilen der Judikative, wie etwa die Staatsanwaltschaft, vor allem ab 2014 nach den medial verbreiteten „Lava-Jato“-Ermittlungen gegen Korruption (Singer 2018).

Eines der stärksten einenden Elemente hinter Bolsonaros Weg zur Präsidentschaft war die vordergründige Kampagne zur „Korruptionsbekämpfung“, die mit einer scharfen Ablehnung der Regierung der Arbeiterpartei (PT) verbunden wurde. Ausgehend von den Massenprotesten formierte sich seit 2013 langsam eine rechts-konservative Widerstandsbewegung gegen die linke Regierung von Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff (Sakamoto 2013). Der Höhepunkt des außerparlamentarischen Widerstands waren schließlich die Massenproteste 2015 und 2016. Angetrieben von einer wütenden Mittelschicht und befördert von Bewegungen der Zivilgesellschaft, wie etwa MBL (*Movimento Brasil Livre*) und „Vem pra rua“, die von Unternehmerverbänden und wirtschaftsfreundlichen *Think Tanks* finanziert wurden, spielten diese Bewegungen eine große Rolle bei der Unterstützung der Wahl Bolsonaros. Die Proteste 2015–2016 gipfelten im „parlamentarischen Putsch“ gegen die wiedergewählte Präsidentin Rousseff (Leubolt/Borrman 2016).

Parallel dazu begannen 2014 die „Lava-Jato“-Ermittlungen gegen Korruption im halbstaatlichen Erdölkonzern Petrobrás. Trotz der Involviertheit von PolitikerInnen vieler Parteien, konzentrierten sich die Medien und die neuen rechten sozialen Bewegungen vordergründig auf die Korruptionsvorwürfe gegen PT-SpitzenpolitikerInnen. Der somit verbreitete Diskurs der „korrupten PT“ diente fortan als Kampfwaffe der Opposition gegen die Regierung Rousseffs und mobilisierte viele Angehörige der Mittelschicht auf die Straßen der nobleren Viertel Rios und São Paulos (Leubolt/Strazzeri 2016).

Die wichtigsten privaten Familien-Medienkonglomerate unterstützten die Diskurse gegen die Linksregierung, insbesondere nach den Großdemonstrationen 2013. Bei der Wahlkampagne Bolsonaros war der evangelikale Fernsehsender „Rede Record“ besonders aktiv, der im Besitz des weltweit reichsten evangelikalen Führers Edir Macedo ist, und der Sender „SBT“ wurde praktisch zum offiziellen Sprachrohr der aktuellen Regierung. Bolsonaro nahm z.B. an keinem direkten Fernseh-Duell mit seinem Kontrahenten Fernando Haddad (PT) teil und gab stattdessen nur Interviews für „freundliche“ TV-Sender, meistens mit evangelikal-religiösen Hintergrund. Vor diesem Hintergrund konnte der damalige rechtsradikale Präsidentschaftskandidat Bolsonaro in den Umfragen mit den Slogans der Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung punkten – und gewann damit Stimmen der ärmeren Wählerschaft, ohne jemals seine Regierungsvorhaben ausführlicher erklären zu müssen. Die Armen leiden am stärksten unter den Folgen der Zunahme von Gewalt (staatlich und Kriminalität) in den Armenvierteln (Singer/Venturi 2019).

Innerhalb der oberen brasilianischen Mittelschicht, die relativ stark die öffentliche Meinung prägt, verlor die PT zunehmend an Unterstützung. Neben ihrer Kritik an der Korruption, hatten diese Menschen nach mehr als einem Jahrzehnt wohlfahrtsstaatlich orientierter Politik genug: Der Ausbau von Einkommenstransferprogrammen, die Erhöhung des Mindestlohns, Sozialwohnungsprogramme, Stipendien und Quotenregelungen für einkommensschwächere afro-brasilianische Studierende sowie der Ausbau

von Arbeitsrechten für Haushaltshelferinnen gehörten zu den Ansätzen der PT-geführten Regierungen einen Sozialstaat aufzubauen (Leubolt 2015a). Die Zustimmung zur Armutsbekämpfung nahm ab, während die Wahrnehmung zunahm, weniger von der Politik zu profitieren (Leubolt 2015b, c).

Politische Zusammensetzung der Regierung Bolsonaro

Die Regierung setzt sich aus fünf Hauptfraktionen zusammen, die jeweils mit „Superministerien“ vertreten sind, d.h. in Ministerien, die durch Umstrukturierungen und die Abschaffung bzw. Zusammenlegung von anderen Ressorts (Soziales und Menschenrechte etwa) aufgewertet wurden. Neben dem (1) Flügel der Militärs und einer (2) korporatistisch-geprägten „Law and Order“-Fraktion der Judikative (Gerichte und Staatsanwaltschaft), gibt es einen (3) finanzwirtschaftlich neoliberalen, einen (4) moralkonservativ und evangelikal-religiös geprägten Flügel und die Lobby des (5) Agrobusiness. Alle diese Interessensgruppen sind sich nicht immer einig und kämpfen zurzeit um Ihre Machtstellung innerhalb der neuen Machtkonstellation.

Das Militär gilt als tonangebende Fraktion in der neuen Regierung, mit vielen Ministerien sowie anderen Schlüsselpositionen. Es kontrolliert das mächtige Energie- und Bergbauministerium und kann somit über den Ölkonzern Petrobrás verfügen, der in den letzten Jahren im Fokus der Medien stand.

Wichtigster Minister des neoliberalen und unternehmensfreundlichen Flügels ist der Wirtschaftsminister Paulo Guedes, ein ehemaliger Finanz-Banker. Er gilt als Prototyp eines „Chicago Boys“, weil er dort studierte und akademische Erfahrungen während der Militärdiktatur Chiles unter Pinochet sammelte. Guedes vertritt eine strenge Austerität in der Fiskalpolitik v. a. im sozialen Bereich, Steuererleichterungen für Wohlhabende, SpitzenverdienerInnen und Unternehmen. Er setzt zudem auf Privatisierungen in möglichst vielen Bereichen des Staates.

Die religiös-moralische und evangelikale Fraktion ist mit dem mächtigen Staatssekretär Onyx Lorenzoni und weiteren Ministern, wie etwa für Bildung, Menschenrechte und Äußeres vertreten. Die deklarierte Anti-Feministin und evangelikale Pastorin Damares Alves im neuen Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte sorgte schon bei ihrer Angelobung für internationales Medienecho mit der Aussage: „Eine neue Ära ist angebrochen. Buben tragen wieder blau und Mädchen tragen wieder rosa.“ Der konservativ-katholische Minister für Bildung sorgte ebenfalls für Polemik, als er in einem Brief an die Schulen des Landes vorschlug, alle Kinder beim Singen der Nationalhymne zu filmen und weiter an das Ministerium zu schicken – was rechtswidrig gewesen wäre. Sein Brief endetet zudem mit dem Wahlslogan Bolsonaros „Brasilien über alles und Gott über allen“. Früher galt „Brasilien – ein Land für alle“. Mittlerweile hat sich der alte Bildungsminister auch für die Bolsonaro-Regierung als unhaltbar erwiesen und wurde ersetzt durch einen ehemaligen Investmentbanker – im Einklang mit der Direktive der neuen Regierung im Bildungsbereich, so weit wie möglich zu privatisieren. Brasilien verfügt mit seiner mehrheitlich öffentlichen Bildungsstruktur über einen potenziell äußerst profitablen Bereich.

Die Agrarlobby ist mit dem mächtigen Ministerium für Landwirtschaft gut repräsentiert. Entgegen ersten Ankündigungen entschied sich die Regierung doch nicht

dafür, das Umweltministerium abzuschaffen und ins Agrarministerium zu integrieren. Die Sorge vor negativen Auswirkungen auf internationale Investitionen führte dazu, dass es nun ein konservativ geführtes Umweltministerium gibt. Im internationalen Bereich verfolgte das Außenministerium bis jetzt eine blinde Anpassung an die USA und brach mit der historischen Tradition einer „selbstbewussten und aktiven“ Außenpolitik mit der Förderung von Multilateralismus und der regionalen Integration.

„Lawfare“ und „Prisonfare“ statt „Welfare State“

Neuer Superminister für Justiz und Inneres ist der ehemalige Richter Sérgio Moro, der durch die Korruptionsermittlungen im Zuge der Operation „Lava Jato“ („Autowäsche“) bekannt wurde. Hofiert von der wichtigsten Mediengruppe Globo als Gallionsfigur im Kampf gegen „staatliche Korruption“, sorgte Moro für die Verhaftung von Bolsonaros stärkstem politischen Konkurrenten, dem ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva. Viele RechtswissenschaftlerInnen sind der Auffassung, dass die von ihm angeführten Ermittlungen zu einem Kreuzzug gegen Lula und seiner Partei geworden sind (Valim, 2018). Das Urteil gegen Lula basierte grundsätzlich auf eine einzige Aussage eines Bauunternehmens, die gegen Strafmilderungsvorteile gemacht wurde und wird von zahlreichen Rechtsexperten kritisiert (Zanin Martins/Teixeira Zanin Martins/Valim 2017). Trotz mangelnder Beweise und kritikwürdiger Vorgehensweise der Justiz, bekam Lula die höchstmögliche Strafe, was Verjährung und seine Kandidatur 2018 verhinderte. Lulas Anwälte qualifizieren die Verhaftung daher als „Lawfare“, um ihn aus dem politischen Geschäft auszuschließen. Sie brachten seinen Fall zu internationalen Instanzen und die Menschenrechtsorganisation der UNO empfahl seiner Zulassung zu den Wahlen 2018, bis sein Fall von den höheren Gerichtsinstanzen endgültig geklärt würde – eine Empfehlung, die vom brasilianischen Wahlgerichtshof ignoriert wurde. Andere bereits in zweiter Instanz verurteilten Politiker durften hingegen an den Wahlen teilnehmen.

Nicht nur gegenüber Lula und SpitzenpolitikerInnen der Arbeiterpartei verschärfte sich die Gangart. Auch der Umgang mit den (vordergründig armen) Inhaftierten und Kleinkriminellen ist zusehends von einer Zunahme der Gewalt geprägt. Nach den USA und China hat Brasilien weltweit die drittgrößte Zahl an Gefängnisinsassen. Etwa 700.000 Menschen sitzen Haftstrafen ab, mehrheitlich handelt es sich um dunkelhäutige BrasilianerInnen aus armen Verhältnissen – und Brasilien hat auch viertgrößte Anzahl an eingesperrten Frauen. In Anlehnung an Loïc Wacquant (2009) kann der neue Umgang mit Armut als Übergang von „Welfare“ zu „Prisonfare“ verstanden werden. Soziale Probleme werden nicht durch vorbeugende Unterstützung, sondern mit staatlicher Gewalt und verhärtetem Strafrecht bekämpft. Viele Ankündigungen der neuen Regierung weisen auf diese verschärfte Gangart hin. Auch in der Kulturpolitik gab es eine klare Abkehr von Maßnahmen positiver Bewusstseinsbildung der Afro-BrasilianerInnen, deren Agenden nun kaum mehr Raum in den aktuellen Programmen der Regierung vorfinden.

Lockerung von Waffenbesitz, Morddrohungen, Frauenfeindlichkeit

Eine der ersten Maßnahmen Bolsonaros als Regierungschef war die Lockerung der Waffengesetze, die ab 2003 nach einer Volksabstimmung strenger reguliert worden sind. Damit wurde die Mordrate durch privaten Waffenbesitz reduziert. Der Staatschef und sein Team scheinen allerdings die Tatsache zu ignorieren, dass es weltweit einen starken Zusammenhang zwischen lockeren Waffengesetzen und höheren Mordraten durch Schusswaffen gibt – wie z. B. in den USA. Die Lockerung der Waffengesetze trifft sowohl die BewohnerInnen der Armenviertel, die am meisten unter der Polizeigewalt leiden, als auch die Armen und sozialen Bewegungen im ländlichen Raum, die wieder stärker von Gewalt betroffen sind.

Besonders starke Veränderungen seit dem Amtsantritt der Regierung Bolsonaro sind auch vor allem beim Umgang mit Menschenrechten deutlich. Der Fall Jean Wyllys ist hierfür ein gutes Beispiel: Ende Jänner gab der Abgeordnete und LGBT-Aktivist aus der linken Fraktion im Parlament bekannt, wegen Morddrohungen sein Amt zurückzulegen und ins ausländische Exil zu gehen. Bolsonaro diffamierte ihn häufig im politischen Alltag, sowohl vor als auch nach Amtsantritt und äußerte sich ihm gegenüber homophob. Anonyme Morddrohungen gegen den erklärten Kritiker des Präsidenten nahmen laufend zu. „Das ist kein sicheres Ambiente für mich“, sagte der homosexuelle Abgeordnete und Aktivist. Die Angst ist berechtigt, wenn die Drohungen des Präsidenten gegen Oppositionelle nach dem ersten Wahlgang wahrgemacht werden: „Entweder fliehen sie oder sie kommen in den Knast. Diese roten Verbrecher werden aus unserem Vaterland verbannt.“ Bolsonaro äußerte sich wiederholt positiv zur Militärdiktatur und ihren Folterern sowie konfrontativ gegenüber Menschenrechten. Diese Äußerungen betreffen auch die Rechte von Frauen und Minderheiten, die sich während des Wahlkampfs im Zuge der Kampagne „ele não“ („er nicht“) explizit gegen Bolsonaros Wahl stellten. Vor kurzem wurde der neue Regierungschef außerdem vor Gericht verurteilt, Entschädigungen an eine PT-Abgeordnete für beleidigende frauenfeindliche Äußerungen zu zahlen: Bolsonaro meinte, er würde sie niemals vergewaltigen, weil sie zu hässlich sei. Wegen solcher Aussagen fürchten viele Menschenrechtsorganisationen, dass sich die Situation zusehends verschlechtern wird.

Der Fall Wyllys bekam auch durch neue Erkenntnisse zum politisch motivierten Mord an seiner früheren Parteikollegin Marielle Franco – ebenfalls eine bekennend homosexuelle Abgeordnete und LGBT-Aktivistin – besondere Brisanz: Ermittlungen zum Mord Marielles weisen darauf hin, dass die verdächtigten Auftragsmörder Verbindungen mit der Familie Bolsonaro pflegten. Die Anfeindungen Wyllys durch den Präsidenten bekamen dadurch jedenfalls ein anderes politisches Gewicht.

Rechtsradikalismus auf „brasilianisch“: Die „eiserne Hand“ des Tyrannen und der „stumme Zwang“ des Markts

Ähnlich wie Trump und viele andere rechte PolitikerInnen weltweit – sei es in Amerika, Asien oder Europa – mobilisiert Bolsonaro gleichermaßen mit rechtsnationalistischen Parolen, die das „Vaterland“ in den Vordergrund rücken statt auf internationale Zusammenarbeit und Multilateralismus zu setzen. Er verkauft sich selbst als Anti-Establish-

ment, obwohl er schon seit Jahrzehnten im politischen Geschäft als unbedeutender Parlamentarier tätig war. Wie andere rechtsradikale PolitikerInnen in Europa brüllt er gegen multilaterale Organismen und gegen die „Mainstream-Medien“ – obwohl diese teilweise seinen politischen Aufstieg ermöglicht haben.

Bolsonaro hat ein ganz deutliches „Feindbild“ in einer Art von „kalter Kriegsmentalität“ – er möchte Brasilien vor der sogenannten „roten Gefahr“ schützen, die seiner Vorstellung nach von perversen moralischen Vorstellungen in der Gesellschaft sowie ihrem „kulturellen Marxismus“ geprägt sind. Gegenüber der steigenden Gewalt, die in den brasilianischen Großstädten und vor allem in den Armenvierteln grassiert, verspricht sich Bolsonaro mit „eiserner Hand“ und harter Polizeigewalt zu kämpfen. Zudem wurde der Abgeordnete Eduardo Bolsonaro, ein Sohn des Präsidenten, von Steve Bannon zum Repräsentanten seines „Movements“ in Lateinamerika gekürt. Diese Bewegung soll die Stärkung rechtsnationalistischer Bewegungen weltweit voranbringen.

Während dessen zielt Justizminister Moro mit einem neuen „Gesetz gegen Verbrechen“ auf eine Verschärfung von Strafgesetzen und eine Ausdehnung der Staatsgewalt durch die Polizeibehörden. Dabei ist die brasilianische Polizei bereits einer der tödlichsten der Welt und vor allem schwarze junge Männer fallen ihrem gewalttätigen Handeln zum Opfer. Auch gegenüber oppositionellen Gruppen ist eine weitere Verschärfung abzusehen, z.B. mittels der gezielten Kriminalisierung der PT sowie von sozialen Bewegungen wie z.B. der Landlosenbewegung (MST) und der Obdachlosenbewegung (MTST). Sollte ein dazu existierender Gesetzesvorschlag im Parlament durchgehen, könnten diese demnächst als „terroristische Organisationen“ eingestuft werden, d.h., sie würden illegalisiert.

Strafgesetze werden verschärft, soziale Bewegungen kriminalisiert und Waffengesetze gelockert. Die Sparpolitik für Soziales gefährdet die Ansätze eines ohnehin schon labilen Wohlfahrtsstaates. Vor diesem Hintergrund meinte der ehemalige Präsident Lula scharfsinnig, dass die Politik des Wirtschaftsministers mehr Menschen in die Armut zurückstoßen wird, während Justizminister Moro mit seinen Gesetzen dafür sorgte, dass solche Menschen entweder getötet oder in den Knast geworfen würden. Brasilien scheint damit auf dem Weg zu einer Zivil-Militär-Regierung zu sein, die mit der „eisernen Hand“ des Staates, der Unterstützung der Judikative und dem „stummen Zwang ökonomischer Verhältnisse“ einen rechtsautoritären Weg neuer Art einschlägt.

Mehrere Analysten sehen seit der Absetzung Rousseffs 2016 ein Ende der demokratischen Periode der „Neuen Republik“, die mit der „Bürger“-Verfassung von 1988 anfang und dessen verfassungsrechtliche Säulen mehr oder minder von jeder Regierung bis zur dato respektiert wurden. Vor diesem Hintergrund war die Absetzung Rousseffs 2016 der Startschuss, um eine neoliberale Agenda durchzusetzen, die von der Bevölkerungsmehrheit durch Wahlen keine Zustimmung bekommen würde.

Laut einer aktuellen Umfrage (Oxfam 2019), befürwortet eine große Mehrheit der BrasilianerInnen staatliche Sozialausgaben zur Umverteilung. Die Wahlergebnisse 2018 bestätigen das insofern, als die PT trotz Stimmverlusten stärkste Partei im Parlament blieb. Das gleiche gilt für die jeweiligen Bundesländer: Vor allem im armen Nordosten Brasiliens konnte der PT-Kandidat die Mehrheit der Stimmen erreichen: ein gutes Beispiel dafür ist das ärmste Bundesland Piauí, wo Haddad mit 63,34% gegen Bolsonaro gewann (der Rechtsextreme Kandidat gewann hingegen mit 65,8% der Stimmen im mehrheitlich weißen und reichen südlichen Bundesland Santa Catarina deut-

lich) (*O Globo*, 2018). Die Mehrheiten, die das wahlpolitische Phänomen des „Lulismus“ stützten (d.h. die Wahlgewinne der PT bei den Bundeswahlen, die durch sozialpolitische Errungenschaften die Stimmen der Armen sicherte), konnten erst durch einen parlamentarischen Putsch gebrochen werden (Singer 2018).

Der Einfluss der Religion, vor allem von konservativen Evangelikalen macht ein interessantes Phänomen der Regierung Bolsonaro aus: Es scheint eine deutliche Allianz zwischen mächtigen evangelikalen PolitikerInnen und MedienbetreiberInnen und konservativen Sektoren zu geben. Noch ein Faktor beeinflusste den Wahlsieg Bolsonaros: der gegen ihn gerichteten Messerstich im September 2018, kurz vor den Wahlen. Die Hintergründe der Fall wurde nur ärmlich von den Medien erforscht, aber in der Tat verschaffte er Medienzeit für Bolsonaro und seine Partei. Außerdem wurde er erstmals in die Rolle des Opfers versetzt und nicht nur als arroganter Kritiker. Zudem ermöglichte es ihm die perfekte Ausrede von nun an bei keiner Debatte teilzunehmen und seiner Regierungsplan gar nicht konkret erklären zu müssen.

Es herrscht schon zu Beginn der Regierung Bolsonaros relative Einigkeit darüber, dass es sich um ein neues Phänomen in der jüngeren politischen Geschichte des Landes handelt, aber es lässt sich kaum prognostizieren, was es langfristig bedeuten wird oder wie lange es dauern wird. Das „Anti-Verbrechen“ Paket des Justizministers führt jedenfalls zu einer Zäsur mit den bis dahin geltenden demokratischen Grundlagen der Verfassung. Die weiteren konkreten oder angekündigten Maßnahmen der neuen Regierung gefährden Menschen-, Frauen- und Minderheitenrechte und führen zu einer Verschlechterung staatlicher Bildung. Der neoliberale Fokus führt zu einer Abkehr von aktiver Außen und Wirtschaftspolitik. Das Modell der Rentenreform setzt auf den Kapitalmarkt und demontiert das Solidarsystem.

Es gibt Widersprüche zwischen den vier großen Flügeln der Regierung: So wird der militärische Flügel stärker mit Staatsdirigismus assoziiert, während der neoliberale Flügel für Privatisierungen, Abschaffung des öffentlichen Pensionssystems und lockere Arbeitsgesetze eintritt. Die Verknüpfungen bis zur chilenischen Militärdiktatur (Präsident und Wirtschaftsminister beziehen sich stets positiv auf deren Wirtschaftspolitik, vgl. FT 2018) legen jedoch nahe, dass die Reibungen auch in Brasilien nicht zu einem offenen Konflikt führen werden. Die Agenden des Agrobusiness lassen sich prinzipiell integrieren, da der unternehmensfreundliche Kurs und die härtere Gangart gegen soziale und indigene Bewegungen mit den Anliegen der Agrarlobby kombiniert werden können. Eventuell könnten einige Ansprüche des evangelikalen Flügels für Widersprüche sorgen, da ihr Eintreten für Moral und Soziales mit neoliberalen Forderungen nach einem weniger präsenten Staat nicht gut kompatibel zu sein scheinen.

Brasilien könnte damit zu einer Art Prototyp für lateinamerikanischen Autoritarismus des 21. Jahrhunderts werden: eine militär-geführte Regierung mit zivil-demokratischem Anschein, moral-konservativ und autoritär im Inneren und eng verbunden mit internationalen (Finanz)Kapitalmärkten. Eine Besonderheit Brasiliens und seiner politischen Kultur ist die Teilhabe der Judikative als Säule des neuen politischen Pakts. Ihr ausgeprägter Korporationsgeist wurde durch die demokratische Verfassung von 1988 deutlich gestärkt und von den mitte-links Regierungen weiter gefördert. Auch die Militärs spielen hier eine große Rolle, die schon in der Geschichte des Landes seit der Ausrufung der Republik 1889 immer wieder großen Einfluss auf das brasilianische politische Geschäft als Repräsentanten der Eliten ausübten. Der moderne Putsch im

Lateinamerika des 21. Jahrhunderts wird aber nicht mehr durch Panzer auf den Straßen vollgezogen wie zur Zeit des Kalten Kriegs. Stattdessen gab es zuletzt Impeachment-Verfahren (und dem Deckmantel von Korruptionsvorwürfen), die vom Parlament vollgezogen und mit Untermauerung der Judikative durchgezogen wurden. So war es 2009 in Honduras, 2012 in Paraguay und 2016 in Brasilien (Serrano, 2016). Diese neue Taktik des „Regime Change“ kommt den Interessen der USA in der Region sehr gelegen.

Literaturverzeichnis

- Borrman, Ricardo (2018): Brasilien: Käufliche Demokratie. In: Lateinamerika anders, Nr. 1.
- Carvalho, Laura (2015): Ajustar para crescer?. In: Belluzzo, Luiz Gonzaga de Mello/Bastos, Paulo Zahluth Bastos (Hg.): Austeridade para quem? Balancos e perspectivas do governo Dilma Rousseff. São Paulo: Carta maior/Friedrich Ebert Stiftung, 113–118.
- Carvalho, Laura (2018): Valsa Brasileira: Do boom ao caos econômico. São Paulo: Todavia.
- Dowbor, Ladislau (2017): A era do capital improdutivo. São Paulo: Outras Palavras/Autonomia Literária.
- Fattorelli, Maria Lucia (2018): Sistema da dívida pública: entenda como você é enganado. In: Souza, Jessé/Valim, Rafael (Hg.): Resgatar o Brasil. São Paulo: Contracorrente/Boitempo, 61–81.
- FT, Financial Times (2018): Brazil's new finance minister eyes 'Pinochet-style' fix for economy. Paulo Guedes is targeting free market reforms similar to those of 'Chicago boys' in 1970s Chile. In: Financial Times, 2. November. Online verfügbar unter <https://www.ft.com/content/ta2ba4f4-de4e-11e8-9f04-38d397e6661c>.
- O Globo (2018): Eleição 2018: Mapa dos Votos. In: O Globo, 8.10.2019, <https://oglobo.globo.com/brasil/eleicao-2018-mapa-dos-votos-23140576>
- Gobetti, Sérgio Wulff/Orair, Rodrigo Octávio (2016): Progressividade tributária: a agenda negligenciada. Textos para discussão. In: Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada. Brasília/Rio de Janeiro: Ipea.
- Lavinas, Lena/Cordilha, Ana Carolina (2015): É possível enfrentar o déficit fiscal combatendo a desigualdade? Recuperando o papel da política tributária. In: Belluzzo, Luiz Gonzaga de Mello/Bastos, Paulo Zahluth Bastos (Hg.): Austeridade para quem? Balancos e perspectivas do governo Dilma Rousseff. São Paulo: Carta maior/Friedrich Ebert Stiftung, 123–129.
- Leubolt, Bernhard (2015a): Transformation von Ungleichheitsregimes. Gleichheitsorientierte Politik in Brasilien und Südafrika. Wiesbaden: VS Springer.
- Leubolt, Bernhard (2015b): Busbahnhof, Flughafen und Fußball-WM. In: Zukunft. Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, Nr. 7&8, 28–32.
- Leubolt, Bernhard (2015c): One or two nation projects? Discourse on inequalities and equality-related policies in South Africa and Brazil. In: Revista de Sociologia e Política, 23(55), 35–51.
- Leubolt, Bernhard/Borrman, Ricardo (2016): Kalter Putsch in Brasilien. In: Zukunft. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, Nr. 5.
- Leubolt, Bernhard/Strazzeri, Victor (2016): Krise und Proteste in Brasilien. In: Kurswechsel, Nr. 1, 92–97.
- Oxfam (2019): Nós e as desigualdades. Pesquisa Oxfam/Dtafolha percepções sobre desigualdades no Brasil. Oxfam Brasil: Abril de 2019.
- Sakamoto, Leonardo (2013): Em São Paulo o Facebook e o Twitter foram às ruas. In: Maricato, Ermínia et al. (Hg.): Cidades rebeldes: Passe Livre e as manifestações que tomaram as ruas do Brasil. São Paulo: Boitempo/Carta Maior, 95–100.
- Serrano, Pedro Estavam Alves Pinto (2016): Autoritarismo e Golpes na América Latina. São Paulo: Alameda.
- Singer, André (2018): O Lulismo em Crise. São Paulo: Companhia das Letras.
- Singer, André/Venturi, Gustavo (2019): Sismografia de um terremoto eleitoral. In: Democracia em risco? 22 ensaios sobre o Brasil hoje. São Paulo: Companhia das Letras, 355–371.
- Valim, Rafael (2018): O discurso jurídico brasileiro: da farsa ao cinismo. In: Souza, Jessé/Valim, Rafael (Hg.): Resgatar o Brasil. São Paulo: Contracorrente/Boitempo, 115–123.
- Wacquant, Loïc (2009): Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen: Barbara Budrich.
- Zanin Martins, Cristiano/Teixeira Zanin Martins, Valeska/Valim, Rafael (Hg.) (2017): O Caso Lula: a luta pela afirmação do direitos fundamentais no Brasil. São Paulo: Editora Contracorrente.